

Grüne Forderungen für eine EU des Rechtsstaats und der Demokratie

Rechtsstaatlichkeit und Demokratie befinden sich in der EU in einer tiefen Krise. Es zielt auf die politischen Grundfesten der EU als wertebasierter Gemeinschaft, wenn ihre Mitgliedstaaten systematisch die Unabhängigkeit der Justiz einschränken, Pressefreiheit und Grundrechte beschneiden oder Minderheiten ausgrenzen. Es verstößt gegen die demokratischen Grundlagen der Union, wenn an den Außengrenzen das Recht auf Asyl ausgehebelt wird und Menschen entwürdigt werden oder Regierungsverantwortliche Verbindungen zum organisierten Verbrechen pflegen und in Korruption versinken. Besonders schlimm: Im Schatten der Covid-Pandemie hat sich diese Situation weiter verschärft.

Am 1. Juli übernimmt mit Slowenien ein Mitgliedsland die Ratspräsidentschaft, in dem die Regierungspartei und der Premierminister die Presse und die demokratischen Prozesse attackieren. Mit dem slowenischen Premierminister Janez Janša wird zum ersten Mal seit Jahren ein autoritärer Politiker die Agenda der EU im Rahmen der Ratspräsidentschaft maßgeblich mitprägen. Wir müssen unsere Werte und unsere Demokratie erst recht aktiv verteidigen.

Es darf keine Zeit mehr ungenutzt verstreichen – wir müssen entschlossen handeln, um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu verteidigen. Das schulden wir auch den Menschen vor Ort, die sich gegen die Beschneidung ihrer Grundrechte, gegen Diskriminierung, Korruption und Machtmissbrauch wehren.

Wir Grüne im Europäischen Parlament fordern eine Rechtsstaatspolitik mit Haltung. Mit unseren grünen Forderungen streiten wir für eine EU der Demokratie und eine Bundesregierung, die sich aktiv gegen die Ausbreitung des Autoritarismus unter den EU-Mitgliedstaaten einsetzt. Konkret fordern wir:

Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtsschutz in der EU zur Cheffinnen-Sache erklären:

Viel zu lange haben der Rat und die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen blockiert und gezögert. Damit hat auch die Bundesregierung – mit Zutun der Regierungsparteien SPD und CDU – in Kauf genommen, wie die Demokratie in der EU immer stärker unter Druck geriet.

Wir Grüne fordern, dass die neue deutsche Bundesregierung gestaltet und agiert, statt sich auf faulen Kompromissen auszuruhen. Um Blockaden im Rat aufzubrechen, braucht es eine Koalition der Rechtsstaatlichkeit zusammen mit anderen demokratisch gesinnten Regierungen der Mitgliedstaaten, um energisch auf Fortschritte zu drängen. Orientierung statt Schlichten, Richtung statt Befriedung.

Fortschritte bei den Artikel-7-Verfahren gegen Polen und Ungarn:

Seit 2018 laufen Artikel-7-Verfahren gegen Polen und Ungarn – dem zunehmenden autoritären Umbau von Staat und Gesellschaft in den beiden Ländern vermochten sie bisher nichts entgegen zu setzen. Der Prozess ist im Rat ins Stocken geraten: Anhörungen sind formalistisch und ineffektiv, von Dezember 2019 bis Juni 2021 fanden überhaupt keine Anhörungen statt.

Wir Grüne fordern eine Beteiligung des Europäischen Parlaments in den Artikel-7-Verfahren sowie eine Stärkung der Verfahren und Anhörungen. Wir brauchen wirkliche Diskussionen bis hin zur Debatte über konkrete Sanktionen. Langfristig ist unser Ziel, die Einstimmigkeitsregel durch

institutionelle Reformen zu überwinden, denn solange Einstimmigkeit nötig ist, können sich Autoritäre gegenseitig aus der Patsche helfen

Bestehende Instrumente konsequent nutzen:

Seit 1. Januar 2021 ist die so genannte Verordnung zur Rechtsstaatskonditionalität in Kraft, durch die eine Auszahlung von EU-Geldern an Mitgliedstaaten verwehrt werden kann, wenn die finanziellen Interessen der Union aufgrund von Defiziten bei der Rechtsstaatlichkeit in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Damit wurde ein wirksames Mittel zur Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien geschaffen.

Wir Grüne fordern: Es gibt keinen Grund zu warten: Die EU-Kommission muss die Rechtsstaatskonditionalität in den offensichtlichsten Fällen, wie beispielsweise gegen Ungarn, unverzüglich nutzen. Deshalb hat das Europäische Parlament unter grüner Federführung ein Untätigkeitsverfahren gegen die EU-Kommission eingeleitet. Die EU-Regierungen müssen diese Sanktionen beschließen, die Kommission sie dann umsetzen.

Kommunen und Organisationen, deren nationale Regierungen wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit EU-Gelder verwehrt werden, sollten direkt von den EU-Institutionen finanziell unterstützt werden können.

Vom Berichtswesen zum Handeln:

2020 führte die EU-Kommission mit dem „Bericht über die Rechtsstaatlichkeit“ erstmalig eine Bestandsaufnahme der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten durch. Aber das Instrument verfehlt seine Wirkung: Ohne konkrete Schlussfolgerungen bleibt der Bericht ein zahloser Tiger.

Wir Grüne fordern, dass aus den Ergebnissen des jährlichen Rechtsstaatlichkeitsberichts auch konkretes Handeln folgt, bis hin zum Einsatz der Rechtsstaatskonditionalität durch die EU-Kommission und der Prüfung von Vertragsverletzungsverfahren.

Zudem setzen wir uns dafür ein, einen wirksamen und ambitionierten EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte zu schaffen, der das Flickwerk ineffizienter Instrumente ersetzt und länderspezifische Empfehlungen beinhaltet.

Effektive Kontrolle der Finanzausgaben stärken:

Durch die Schaffung der Europäischen Staatsanwaltschaft können erstmalig auf europäischer Ebene Straftaten zulasten des EU-Haushalts strafrechtlich verfolgt und zur Anklage gebracht werden. Bis zuletzt weigerten sich jedoch Mitgliedstaaten und Kommission, die Behörde schlagkräftig mit Budget und Mitarbeiter*innen auszustatten. Einige EU-Mitgliedstaaten sind erst gar nicht beigetreten.

Wir Grüne fordern, dass noch fehlende Mitgliedstaaten der EU-Staatsanwaltschaft beitreten sollen und alle teilnehmenden Mitgliedstaaten unverzüglich ihre Staatsanwälte*innen benennen. Neue Mittel aus dem EU-Haushalt dürfen nur dann fließen, wenn sichergestellt wird, dass wirksame Kontrollen durch einheimische - noch besser durch die Europäische Staatsanwaltschaft - effektiv möglich sind. Außerdem müssen Kommission und Rat die Staatsanwaltschaft mit ausreichenden Mitteln ausstatten, sodass sie ihrer Arbeit effektiv nachgehen kann.

EU-Kommission als Hüterin, nicht Verwalterin der EU-Verträge:

Auch von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erwarten wir mehr Klartext und Haltung. Eine aktivere Rolle der EU-Kommission ist nötig, um die Rechtsstaatlichkeit in Europa zu verteidigen. Es kann nicht sein, dass Griechenland, Malta und Kroatien an der EU-Außengrenze systematisch Menschenrechte und EU-Recht brechen – durch illegale Pushbacks, die Aussetzung von Asylverfahren und die Missachtung der Aufnahmerichtlinie – und die Kommission schweigt. Auch die

sich verschärfenden Attacken auf die LGTBI-Community bis hin zur Ausweisung "LGTBI-freier Zonen" in Polen müssen zu echten Konsequenzen führen.

Wir Grüne fordern, dass die Kommission bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit konsequent Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten prüft und auch einleitet. Zudem wollen wir, dass die Kommissionen aktiver Gerichtsverfahren gegen die rechtsstaats säumigen Regierungen einleitet, vorantreibt und die Durchsetzung der Urteile einklagt.

Videos der Küstenwache und von Frontex sowie Informationen der Seenotrettungsleitstellen sollen veröffentlicht werden, damit Menschenrechtsverletzungen konsequent verfolgt werden können.

Interessenkonflikt des tschechischen Ministerpräsidenten Babiš sofort beenden:

Zwei Jahre dauerte die Prüfung der EU-Kommission, ob Ministerpräsident Babiš durch seine Rolle als Premierminister und Eigentümer des Unternehmens Agrofert, das von EU-Geldern profitiert, in einem Interessenkonflikt steckt. Während der Untersuchung wurde ein Teil der EU-Zahlungen an Agrofert gestoppt - ein Großteil der Mittel fließt aber weiterhin in der Form von Agrar-Direktzahlungen.

Wir Grüne fordern, dass der Rat den massiven Interessenkonflikt des tschechischen Premierministers endlich beendet und nicht länger akzeptiert, dass Babiš über EU-Milliarden verhandelt und selbst einer der größten Empfänger dieser Gelder ist. Die EU-Kommission sollte die Anwendung der Rechtsstaatskonditionalität prüfen.

Ohne strukturelle Veränderungen kein Euro-Beitritt Bulgariens:

Bulgarien ist laut Transparency International einer der korruptesten Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Enge Verbindungen zwischen Regierung und Oligarchen, ein korruptes Bankensystem und eine deutliche Verschlechterung der Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht der Justiz sprechen eine deutliche Sprache.

Wir Grüne fordern: Vor dem Euro-Beitritt muss Bulgarien den Kampf gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität entschlossen angehen und den systematischen Verkauf von Staatsbürgerschaften beenden.

Freiräume schaffen, europäische Zivilgesellschaft stärken:

Nicht nur indem wir Attacken auf die freie Gesellschaft abwehren, stärken wir die Zivilgesellschaft, sondern auch indem wir neue Freiräume und zusätzlichen Schutz schaffen. Mit der von uns vorangetriebenen ERA-Gesetzgebung (European Right of Association) machen wir die europäische Zivilgesellschaft fit für die Zukunft und wehrhaft gegen autoritäre Angriffe.

Wir Grüne fordern die Schaffung eines europäischen Vereinsrechts, um den Aufbau einer paneuropäischen Zivilgesellschaft zu fördern. EU-Mittel für freien Journalismus wollen wir ausbauen. Langfristig wollen wir die Mitgliedsstaaten durch die EU-Grundrechte-Charta binden lassen und die darin enthaltenen Rechte individuell gegenüber den Mitgliedstaaten einklagbar machen, damit die Unionsbürgerinnen ihre Rechte vor dem Europäischen Gerichtshof verteidigen können.

Die Demokratie der Zukunft gestalten:

Die Grundrechte sind unveräußerlich. Doch auch sie sind einem Wandel ausgesetzt. Die atemberaubenden Entwicklungen im Digitalbereich durch die Schaffung künstlicher Intelligenz sind nur ein Beispiel, wie fundamental sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen ändern können. Wir können und müssen neue Technologien so gestalten, dass die Menschenrechte respektiert werden. Eine lebendige Demokratie muss auf solche Veränderungen reagieren und sie aufnehmen. Zugleich dürfen wir aber nicht die im und durch das Internet geschaffenen Freiräume und die Befähigung der

Bürger*innen durch neue Polizei und Überwachungstechnologien wieder aushebeln. Die Ausweitung der Befugnisse für Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden im digitalen Bereich, aber auch die Beschneidung der Grundrechte und des Datenschutzes, wie sie häufig vom Mitgliedstaaten durch die Hintertür der europäischen Gesetze vorangetrieben werden, wollen wir nicht mittragen. Mehr noch: Wir wollen diesem Angriff auf Freiräume und Datenschutz entgegenreten. Wir wollen eine Demokratie der Zukunft gestalten – zum Wohl der Gesellschaften und der Menschen, die in ihnen leben.

Konferenz zur Zukunft Europas nutzen:

Während viele der aufgeführten Instrumente schon jetzt durch die EU-Kommission und nationale Regierungen genutzt werden können, hängen grundsätzliche Verbesserungen von einer Änderung der Verträge ab, wie die Abschaffung der Einstimmigkeit bei Artikel-7-Verfahren oder die Ausweitung des Geltungsbereichs der Grundrechtecharta. Wir werden die Chance der Konferenz zur Zukunft der EU nutzen, um unsere Forderungen mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Vertretern aller EU-Institutionen und der nationalen Parlamente zu diskutieren und für eine überwältigende Mehrheit zur Unterstützung zu werben. Wenn die Konferenz neue europäische Haushaltsmittel mobilisiert, werden wir uns dafür einsetzen, dass sie nur für die Regierungen zugänglich sind, die alle Kontrollen akzeptieren, auch durch die neue Europäische Staatsanwaltschaft.